

Gerstenmaier vor dem Bundestag:

„Frieden mit ganz Deutschland“

Wir wünschen gutes Verhältnis auch im Osten — Letzte Sitzung des Parlaments

Von unserem Korrespondenten

W. W. Bonn. — „Das deutsche Volk wird unter keinen Umständen aufhören, für das Grundrecht seiner Selbstbestimmung einzutreten.“ Mit dieser Erklärung ist Bundestagspräsident Gerstenmaier in der letzten Sitzung des Bundestags am Freitag dem sowjetischen Verlangen entgegengetreten, die Teilung Deutschlands vertraglich anzuerkennen. Unter dem Beifall des gesamten Parlaments wies Gerstenmaier den Vorstoß Moskaus gegen die Freiheit Westberlins entschieden zurück. Würden der Sowjetunion ihre Berlin-Pläne gelingen, rief er aus, so hätten sie „eine weltpolitische Machtprobe ersten Ranges gewonnen“.

Gerstenmaier gab seine Erklärung nach dem Abschluß der Arbeit des Bundestages ab. Sie wurde von allen Fraktionen als Satz für eine letzte außenpolitische Debatte betrachtet. Manchen Beobachter überraschte dabei der Vorschlag: Die Westmächte sollten mit der Sowjetunion über das Verfahren verhandeln, das zu einem Friedensvertrag für Deutschland führen soll. „Es ist nicht mehr als billig“, sagte Gerstenmaier, „daß in einem Vertrag mit dem einen Deutschland Frieden geschlossen wird, mit dem auch Krieg geführt wurde.“

Gefahr für Weltfrieden

Zu dem abschließenden Appell an die Welt hatte sich das gesamte Bundeskabinett, geführt von Bundeskanzler Adenauer, im Plenarsaal eingefunden, und auch die Abgeordneten waren vollzählig zugegen, obwohl das Parlament am Vortage bis tief in die Nacht über die letzten Gesetzesvorhaben beraten hatte. Gerstenmaier ging von dem 20. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion aus und versicherte, das deutsche Volk wünsche ein ebenso gutes nachbarliches Verhältnis zu den Völkern im Osten wie zu den westlichen Nachbarvölkern. Eine Verbesserung der Beziehungen könne aber nicht auf der Grundlage der deutschen

Teilung erreicht werden. „Die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre hat völlig eindeutig gezeigt, daß die Teilung Deutschlands nicht nur ein Unglück für das deutsche Volk ist, sondern daß sie zu einer fortgesetzten Beunruhigung der Weltpolitik geworden ist. Inzwischen hat sie sich zu einer unerhörten Gefahr für den Frieden der Welt ausgewachsen.“

Das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen bezeichnete der Bundestagspräsident als eine bittere Enttäuschung. Das Deutschlandproblem sei dadurch noch düsterer geworden. Eine Umwandlung Berlins in eine sogenannte „freie Stadt“, die in Wirklichkeit vogelfrei wäre, würde die internationale Lage nicht verbessern. Berlin solle damit nur dem gleichen Schicksal ausgeliefert werden, das die Sowjetzone erleidet, aus der in den letzten 12 Jahren 2 633 103 Menschen in den Westen geflohen seien. Zu der Aufforderung Ulbrichts, Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin einzuleiten, sagte Gerstenmaier, es sei weder Sturheit noch Unversöhnlichkeit, diese Verhandlungen abzulehnen. Vielmehr gebiete diese Ablehnung die „gewissenhafte Verantwortung für die Einheit unseres Volkes“.

Zum Abschluß der dritten Wahlperiode des Bundestages gab der Parlamentspräsident

bekannt, daß von 605 vorgelegten Gesetzentwürfen 423 bis zur Verabschiedung gediehen sind. In 74 Fragestunden wurden 11 526 Fragen von Abgeordneten gestellt und von der Bundesregierung beantwortet. 20 Abgeordnete haben im Laufe der vier Jahre ihr Mandat zurückgegeben, 20 haben die Fraktion gewechselt, 22 sind gestorben. Die Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen, als Gerstenmaier die Namen der Toten verlas.

Drei batun um Asyl

Nürnberg. — Drei Rennfahrer aus der Sowjetzone haben nach dem Norisring-Rennen in Nürnberg die westdeutschen Behörden um Asyl gebeten. Wie der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) mitteilte, war es den Motorsportlern sogar gelungen, einige Möbel und kleinere Gebrauchsgegenstände mit in die Bundesrepublik zu bringen. Wolfgang und Gottfried Schneider (Bautzen) und Bodo Rust (Beesenstedt) hatten einen Teil ihrer Habe auf den Lastwagen laden können, mit dem ihre Formel-Junior-Rennwagen nach Nürnberg gebracht wurden.

Schweigemarsch für Konecki

Berlin (ap). Rund 2000 Studenten haben mit einem Schweigemarsch durch die Westberliner Innenstadt gegen die Verurteilung des liberalen Studentenführers Dieter Konecki in der Tschechoslowakei demonstriert. Konecki war Anfang Juni von einem tschechoslowakischen Gericht wegen „Spionage“ zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Die neuen Herren

K. W. B. Wenn im Planstaat der SED zu personellen Umbesetzungen gegriffen wird, ist etwas faul. Daß es schlecht steht um die Versorgung der Bevölkerung, wissen wir seit vielen Wochen. Das Angebot aus Bonn, helfend gegen die Not einzuspringen — ganz gleich, ob die Ulbrichts an ihr selbst schuld sind oder nicht —, blieb leider ohne Echo. Wenn die Bevölkerung bei der dichten Nachrichtenperre überhaupt etwas davon gehört hat, dann mußte sie, bei kargen Zuteilungen und noch kargeren Erwartungen, sich weiterhin in Geduld fassen. Gestern ist ihr, da sie Kommuniqués über Parteitagungen besser zu lesen versteht als ihre Landsleute im westlichen Teile Deutschlands, klargeworden, wie ernst Ulbricht auch die Krise seines Satellitenstaates bewertet.

Er hat die zwei Spitzenfunktionäre, die seit einiger Zeit als seine willigsten Helfer gelten, aus ihren parteiideologischen und Kaderpositionen herausgelöst und mit Wirtschaftsplanaufgaben betraut. Weder der Sekretär des Bezirks Rostock, Karl Mewis, noch sein Ostberliner Kollege Alfred Neumann haben bisher Funktionen der Wirtschaft ausgeübt. Es sind natürlich keine Fachleute. Aber sie gelten als die kompromißlosesten Einpeitscher und Apparatschiks im Funktionsratsstaat Ulbrichts. Beide sind sie nun in der sogenannten Regierung der Zone — in jener Regierung, die ein nicht mehr in Erscheinung tretender kränkelder Grotewohl wohl nur noch nominell führt.

Aber wer nach ihrer Minister-eigenschaft forscht, wird schnell erkennen, daß sie dazu berufen sind, zu organisieren, was sich so gar nicht organisieren läßt. Gegenüber früheren Kommuniqués der Zentralkomitee-Sitzungen fällt die Wortkargheit auf, mit der der Zonenbevölkerung aufgetragen wird, ihre Anstrengungen jetzt zu vervielfachen. Doch da die Figuren Ulbrichts verschoben werden, da ein neuer „Volkswirtschaftsrat“ gebildet, ein neues Überplanamt geschaffen wird, wird wohl deutlich, wie wenig Ulbricht selbst die Schuld an der Not in der Bevölkerung sieht. Er will

offenbar mit dem starken Mann aus Rostock, dem Genossen Mewis, der als erster seinem Chef die Kolchosewierung des Bezirks hatte melden können, ein neues Gleis neben die vielen anderen legen, die so hoffnungslos ohne Weichen nebeneinander in den Apparat der Zone laufen. Ulbricht holt seine grimmig-

sten Einpeitscher. Die Zonenbevölkerung wird es zu spüren bekommen. Denken wir da bei allem, was wir in den nächsten Wochen zu Hause und politisch vorhaben. Denken wir daran, daß die Zone mehr als bisher jetzt unsere ganze Verantwortung und unsere ganze Hilfsbereitschaft braucht.

Ein Kirchenmann folgt der Berufung

Erzbischof Kardinal Döpfner legt die Gründe seines Wegganges dar

Berlin (dpa). „Ein Mann der Kirche steht im Dienst der Kirche, und wohin er im Dienst der Kirche berufen wird, dahin geht er.“ Das ist die Antwort von Julius Kardinal Döpfner auf seine Berufung zum Erzbischof von München-Freising, die er am Freitagabend in der Berliner Abendschau des Fernsehens vom Sender Freies Berlin gab.

Als er vor vier Jahren den Ruf nach Berlin erhalten habe, sei er bis ins Innerste erschrocken vor der Größe der Aufgabe, die in Berlin auf ihn zugekommen sei. Unvergeßlich sei ihm der Tag seiner Inthronisation, an dem er mit liebender Begeisterung begrüßt worden sei. Er selbst habe Berlin, seine Schönheit und seinen Reichtum lieb gewonnen und vor allem auch seine Menschen. Er sei „zusammengewachsen mit ihrem Schicksal, ihrer Not und all den Aufgaben, die der Kirche hier gestellt sind“. Er habe, so sagte Döpfner, „nur den einen persönlichen Kummer, daß ich nicht die Gemeinden draußen vor Berlin besuchen konnte“. Er habe sich in seinen Berliner Jahren nie in seine bayerische Heimat zurückgewünscht, sondern habe in Berlin eine Heimat finden und sein Schicksal mit dieser Stadt verbinden wollen.

„Und sooft in den vergangenen Wochen bei der Sorge um einen geeigneten Nachfolger für Kardinal Wendel mein Name ins Spiel kam, habe ich immer wieder meine Bedenken geäußert“, betonte der Kardinal. „Ich will nicht einer sein, der seine Herde in notvoller Zeit verläßt.“ Papst Johannes XXIII. habe dies in seinem „gütigen Schreiben“ auch anerkannt. Er wisse auch, daß sich der Papst diese Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Der Papst und seine Mitarbeiter

hätten an den Schmerz gedacht, den sie dem Bistum Berlin bereiteten.

In sein neues Amt, so betonte Döpfner, nehme er die Sorgen Berlins, der Katholiken, der Christen und der Menschen in Mitteldeutschland mit sich. Es sei sein Gebet, daß er in den kommenden Jahren nie vergesse, daß sein Auftrag für Berlin mit ihm gehe. Döpfner erbat zum Abschluß seiner kurzen Erklärung den Segen Gottes auf Berlin und alle, die auf dem Land um Berlin „voll Hoffnung und voll Sorge auf unsere Stadt Berlin schauen“.

In Telegrammen und Briefen an den katholischen Bischof Julius Kardinal Döpfner haben der Regierende Bürgermeister Willy Brandt, Bürgermeister Franz Amrehn und der amtierende Präsident des Abgeordnetenhauses, Wolfram Müllerburg, ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß Döpfner Berlin verläßt. In dem Telegramm Brandts heißt es: „Ich verbinde meine und des Senats herzliche Wünsche für ihr neues Amt mit dem Dank für alles, was Sie weit über den katholischen Bevölkerungsteil unserer Stadt hinaus für Berlin und für den Zusammenhalt der beiden Teile Deutschlands geleistet haben.“

Bürgermeister Amrehn bescheinigt Döpfner, wie sehr es ihm durch Persönlichkeit und Haltung in wenigen Jahren gelungen sei, im Bewußtsein der Bevölkerung das Gefühl von der engen persönlichen Verbundenheit des Kardinals mit dem Schicksal der Bewohner Berlins und seines Bistums zu verankern.

Mit der Inthronisation Julius Kardinal Döpfners als Erzbischof von München und Freising ist frühestens Ende September, wenn nicht erst Anfang Oktober d. Js. zu rechnen.

Scharfe Abrechnung Kennedys mit Chruschtschow:

„Die Sowjets allein stören den Frieden in Westberlin!“

Der Präsident warnt die Sowjetunion vor Fehlkalkulationen

Washington/Moskau (ap/dpa/upi). Die Spannung um Berlin und in der Deutschland-Frage nimmt weiter zu. In scharfen Erklärungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow und des amerikanischen Präsidenten Kennedy prallten am Mittwoch erneut die unüberbrückbar erscheinenden Meinungsverschiedenheiten aufeinander. In Bonn kündigte NATO-Generalsekretär Stikker Konsultationen des NATO-Rates über Notmaßnahmen für die ehemalige Reichshauptstadt an, während zu gleicher Zeit die Bundesregierung bekanntgab, daß sie von einer telegrafischen Aufforderung des SED-Sekretärs Ulbricht zu gesamtdeutschen Verhandlungen über eine Friedensregelung keine Kenntnis nehmen werde.

Kennedy hat am Mittwoch in seiner Pressekonferenz in Washington scharf mit den Sowjets abgerechnet und erklärt, die Berlin-Krise sei ausschließlich von ihnen erzeugt worden. Er warnte mit allem Nachdruck vor dem schweren Fehler, den die Sowjets begehen würden, wenn sie annehmen sollten, die Einheit und die Entschlossenheit des Westens durch Drohungen unterminieren zu können. Der Präsident wies darauf hin, daß in Berlin seit der Aufhebung der Blockade im Jahre 1949 praktisch Ruhe geherrscht habe und die Berliner Gelegenheit gehabt hätten, sich eine blühende Stadt aufzubauen. Im November 1958 habe dann die neue Kampagne zur Umwandlung Berlins in eine „Freie Stadt“ begonnen, wobei bereits durch Erklärungen der Sowjetzonenmachthaber klargeworden sei, daß diese Stadt niemals frei sein werde. Die angekün digte Unterzeichnung eines Friedensvertrages könne nichts an den Rechten der westlichen Alliierten in Berlin ändern, die aus der Kapitulation Deutschlands von 1945 herrührten. Wenn die Sowjets also von ihren eigenen Verpflichtungen in Berlin zurückträten, dann sei es ganz klar eine Angelegenheit der drei anderen Alliierten, darüber zu entscheiden, wie sie ihre Rechte ausüben und ihrer Verantwortung nachkommen wollten.

Kennedy betonte, daß die USA bereit seien, über jeden Vorschlag zu diskutieren, der dem Recht der Bevölkerung von Berlin auf Ausübung ihrer unabhängigen Wahl als freie Menschen größeren Schutz bieten würde. Die jetzt vor-

gelegten Vorschläge zielten jedoch in die entgegengesetzte Richtung.

Seit vielen Jahren schon hätten die Westmächte eine dauernde und friedliche Lösung solcher Fragen auf der Grundlage der Selbstbestimmung für das deutsche Volk vorgeschlagen. Verhandlungen würden aber erst dann von Nutzen sein, wenn die Sowjets das Recht der

Selbstbestimmung auch für Berlin anerkannten.

Auf die Behauptung Chruschtschows eingehend, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten bis 1970 in der Produktion überholen werde, sagte Kennedy, Chruschtschow erscheine ihm wie ein Mann, der schon den Platz für das Tigerfell an der Wand ausgesucht habe, bevor er den Tiger geschossen habe. 1959 habe die sowjetische Produktion wertmäßig nur 39 Prozent der amerikanischen erreicht. Bis 1970 werde sie noch nicht einmal zwei Drittel des Wertes der amerikanischen Produktion erreichen. Er bezweifle, daß die Sowjetunion überhaupt noch im Laufe dieses Jahrhunderts den USA-Produktionsstand einholen könne.

Stikker will NATO ausbauen

Generalsekretär konferierte mit Adenauer, Brentano und Strauß

Von unserem Korrespondenten

W. W. NATO-Generalsekretär Stikker setzte gestern seine Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer fort. An der Unterredung im Palais Schaumburg nahmen auch Bundesaußenminister von Brentano und Bundesverteidigungsminister Strauß teil. Der ehemalige niederländische Außenminister, der zu seinem Antrittsbesuch nach Bonn gekommen ist, benutzt die Gelegenheit, um die Möglichkeiten eines politischen Ausbaus der NATO zu prüfen. Er hat zu verstehen gegeben, daß die NATO sich seiner Ansicht nach möglichst bald von einem reinen Verteidigungsbündnis zu einer politischen Gemeinschaft entwickeln muß.

Zunächst will Stikker dafür sorgen, daß die politischen Beratungen der 15 Mitgliedsstaaten im Pariser Atlantikrat, die nach der Suezkrise von 1956 eingeführt worden waren, noch verbessert werden. Es ist zwar

schon üblich geworden, daß jeder einzelne Staat dort auf neue politische Probleme aufmerksam gemacht und außenpolitische Schritte, die er unternehmen will, vorher ankündigt. Aber meist wird nicht darüber diskutiert, so daß sich vielfach keine übereinstimmende Meinung bildet. Außerdem beschränkt sich die Tätigkeit des NATO-Rates im wesentlichen auf das Vertragsgebiet der NATO, also auf Europa und Nordamerika. Stikker hält es aber für notwendig, daß beispielsweise auch über afrikanische und nahöstliche Probleme gesprochen wird und daß die Beratungen des NATO-Rats dazu dienen, auf die Dauer eine gemeinsame politische Haltung der Mitgliedsstaaten herbeizuführen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Bonn: 14 Militär-Dienststellen in Ostberlin

40 000 militärisch ausgebildete Personen — Übersicht des Verteidigungsministeriums

Bonn (upi). Die Sowjetzone unterhält im Ostsektor Berlins rund 40 000 militärisch ausgebildete Personen, obwohl zwischen den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in den über Berlin getroffenen Vereinbarungen 1945 ausdrücklich festgelegt worden ist, daß nur diese vier Mächte in Berlin militärische Verbände besitzen dürfen. Dies geht aus einer umfassenden Übersicht über fortgesetzte Verletzungen des Viermächtestatus Berlins durch die Ostberliner Machthaber hervor, die das Bundesverteidigungsministerium am Montag in Bonn der Presse übergab.

In der Übersicht wird erklärt, daß im Ostsektor von Berlin 15 Rüstungsbetriebe arbeiten, 14 militärische Dienststellen der „Nationalen Volksarmee“ untergebracht und mehr als 4000 hauptamtliche Mitarbeiter für den „Militärischen geheimen Nachrichtendienst der Deutschen Demokratischen Republik“ tätig seien. Die Volksarmee habe seit 1952 zehn große Paraden in Ostberlin abgehalten und sei dort auch bei rund 20 weiteren Veranstaltungen aufmarschiert.

Das Bundesverteidigungsministerium weist ausdrücklich darauf hin, daß die „Nationale Volksarmee“ in Ostberlin zwar keine Truppen unterhalte, statt dessen rein militärische Verbände unter einer anderen Bezeichnung. Bereitschaftspolizei, Volkspolizei, Kampftruppen der SED und vormilitärische Einheiten der Gesellschaft für Sport und Technik, insgesamt im Ostsektor Berlins rund 40 000 Mann, verfügen über Infanteriewaffen, schwere Waffen und Kampffahrzeuge. Abgesehen von den Paraden der Nationalen Volksarmee seien allein seit dem 1. Mai 1959 neunmal die Kampfgruppen der SED zu Parteitagungen im Ostsektor aufmarschiert. Ferner unterhalte die Sowjetzone in Ostberlin auch zwei Verlage, die Militarisierungspropaganda wie die Schriften „Der Kämpfer“, „Der Kampf“, „Die Volkspolizei“, „Der Grenzpolizist“ und „Sport und Technik“ herstellen.

Das Bundesverteidigungsministerium zählt ferner folgende Ostberliner Betriebe auf, die teilweise seit 6 Jahren für die Rüstung der Sowjetzone arbeiten: VEB Funk- und Fernmelde-Anlagenbau, VEB-Sternradio (Weißensee), Berliner Metallhütten- und Halbwerkzeuge (Schöneweide), VEB-Bremsen-

werk (Knorr/Lichtenberg), VEB-Bergmann - Borsig (Pankow), VEB-Walzager (Lichtenberg), Trafo-Werk „Karl Liebknecht“ (Oberschöneweide), Elektro-Apparate-Werk (Treptow), Glühlampenwerk (Warschauer Str.), Kabelwerk Oberspree (Ober-

schöneweide), Kabelwerk (Köpenick), VEB-Werk für Fernmeldewesen (Oberschöneweide), VEB-Bootswerften (Friedrichshagen, Köpenick und Grünau), Reichsbahn-Ausbesserungswerk (RAW/Schöneweide), VEB-Montagebau (Treptow).

Als besonders wichtig wird die Schiffswerft in Köpenick angesehen, die bisher 12 Minensuchboote vom Typ „Sperber“, drei Minensuchboote vom Typ „Tümmeler“ und sieben Minensuchboote vom Typ „Schwalbe“ sowie sechs Schleppbarkassen für die Sowjetzonenmarine gebaut hat.

England steht zu seinen Garantien

Macmillan: Wir sind in einer Front mit USA und Frankreich

London/Washington (ap/dpa/upi). Der britische Premierminister Macmillan hat gestern jeden Kompromiß in Berlin entschieden abgelehnt. Unter Beifallskundgebungen der Abgeordneten versicherte er im Unterhaus, daß seine Regierung in der Berlin-Frage fest an der Seite der Verbündeten stehe. Gleichzeitig erklärte in Washington ein amtlicher Sprecher, Präsident Kennedy habe bisher keinen Aktionsplan des Generalstabs erhalten, der einem Bericht der Zeitschrift „Newsweek“ zufolge umfassende militärische Maßnahmen der USA bei einer neuen Bedrohung Berlins vorsieht.

Macmillan nahm am Dienstag im Unterhaus zu Berichten Stellung, wonach Großbritannien in der Berlin-Frage eine nachgiebigere Haltung als die USA und Frankreich einnehme. „Wir und unsere Alliierten“, so erklärte der Regierungschef, „haben Verpflichtungen in Deutschland, und wir haben nicht die Absicht, sie aufzugeben. Dazu gehört die Wahrung der Freiheit der Menschen von Westberlin.“

Teilmobilmachung ?

Ein Sprecher des Weißen Hauses in Washington erklärte am Dienstag, ein Aktionsplan des Generalstabes der USA, wie er in „Newsweek“ erwähnt werde, habe bisher nicht den Schreibtisch des Präsidenten erreicht. Das Außenministerium und das Pentagon gaben keine Stellungnahme zu der Veröffentlichung ab.

Der Aktionsplan soll „Newsweek“ zufolge die Teilmobilmachung der USA vorsehen, die in der letzten Zeit immer häu-

figer von prominenten Politikern gefordert worden ist. Die Stabschefs sollen im einzelnen empfehlen:

1. Evakuierung von rund 250 000 amerikanischen Zivilisten aus der Bundesrepublik und Frankreich,

2. Verstärkung der in der Bundesrepublik stationierten Truppen durch eine oder mehr Divisionen, Beschlagnahme von Flugzeugen für die Entsendung von Fallschirmjägern nach Deutschland,

3. Ausrufung eines beschränkten Notstandes, Einberufung von vier Divisionen der Nationalgarde und Reservisten, verstärkte Musterung.

4. Demonstration der amerikanischen Entschlossenheit, notfalls Atomwaffen einzusetzen, sei es durch die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche oder durch Verlagerung von Atomwaffen aus den Depots in vorgeschobene Bereitschaftsposten,

5. Verteilung der Streitkräfte in Europa auf die Gefechtslinien.

Nach Wiedervereinigung: Ende der Zonen-Wirtschaft

Forschungsbeirat analysiert die Lage in Mittelddeutschland

Von unserem Korrespondenten

W. W. Bonn. Neue Vorschläge für die Umwandlung der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft in der Sowjetzone in freie Wirtschaftsformen sind in dem Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung enthalten, der kürzlich von Bundesminister Lemmer in Bonn veröffentlicht worden ist. Der Präsident des Beirats, der CDU-Abgeordnete Dr. Gradl, bezeichnete diese Arbeit als „ein Zeichen für den unbedingten deutschen Willen zur Wiedervereinigung und für den unerschütterlichen Glauben an sie“.

Die Vorschläge, die bei der Wiedervereinigung verwirklicht werden sollen, sehen eine schrittweise Rückverwandlung in freie Wirtschaftsformen vor.

Besonders interessant ist in dem Bericht ein Vergleich zwischen den sogenannten „sozialen Genossenschaften“ in der Zone und den Sozialleistungen im Bundesgebiet. Dabei zeigt sich, daß in der Bundesrepublik pro Kopf der Bevölkerung mehr als das Doppelte für Sozialleistungen ausgegeben wird:

598 DM West gegenüber 288 DM Ost bei einem Vergleich im Jahre 1958. Der Aufwand für die Renten der Sozialversicherung und der Unfallversicherung liegt mit 282 DM West in der Bundesrepublik beispielsweise erheblich höher als in der Zone mit 216 DM Ost. Noch krasser ist der Unterschied bei der Kriegsoferversorgung, für die in der Zone pro Kopf der Bevölkerung nur 15 DM Ost aufgewendet werden, gegenüber 60 DM West im Bundesgebiet.

Der Beirat läßt keinen Zweifel daran, daß er die Abschaffung der Zwangswirtschaft in der Zone mit ihren unzähligen Planungsbehörden für eine unbedingte Notwendigkeit hält. In der Zone soll ebenso wie in der Bundesrepublik wieder eine Wirtschaftsordnung herrschen, in der der Markt seine Funktionen des Antriebs und des Ausgleichs ausüben kann. Bei der Wiedervereinigung soll diese Umgestaltung jedoch nicht plötzlich erfolgen, sondern in einer

Reihe von behutsamen Schritten. In den meisten Fällen soll die endgültige Regelung dem gesamtdeutschen Gesetzgeber überlassen bleiben.

Wie vorsichtig der Forschungsbeirat an seine Aufgabe herangeht, ist besonders deutlich bei seinen Vorschlägen für die Landwirtschaft zu erkennen. Aus verschiedenen Gründen wird die Auflösung der Zwangs-Genossenschaften nicht sofort nach der Wiedervereinigung für möglich gehalten. Vielmehr soll zunächst nur die rechtliche Struktur der Genossenschaften geändert werden, so daß ihre Mitglieder die Möglichkeit erhalten, die mit ihrer Zugehörigkeit zur Genossenschaft zusammenhängenden Fragen so bald wie möglich selbst zu regeln. Die endgültige Klärung der Eigentumsverhältnisse soll auch hier Sache des gesamtdeutschen Gesetzgebers sein. Der Beirat nimmt aber offensichtlich an, daß das Privateigentum wiederhergestellt wird. Denn er gibt gleichzeitig die Empfehlung, sofort einen umfangreichen Apparat aufzubauen, der die freien Bauern mit den nötigen Krediten versorgen kann.

In den Industriebetrieben der Zone sollen die Arbeiter sofort nach der Wiedervereinigung die Möglichkeit erhalten, auf Grund einer Übergangsregelung Betriebsräte zu bilden. Die bisherigen „Betriebsgewerkschaftsleitungen“ des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, die nicht von den Arbeitnehmern gewählt sind, sollen aufgelöst werden. Wie im Bundesgebiet sollen die Betriebsräte nur aus Arbeitnehmern des betreffenden Betriebs bestehen und die Rechte der Arbeitnehmer in sozialer, personeller und wirtschaftlicher Beziehung wahrnehmen. Zusätzlich soll in jedem Betrieb mit mehr als hundert Arbeitnehmern ein „Wirtschaftsbeirat“ gebildet werden, um die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmer zu fördern. Seine Mitglieder — mindestens vier und höchstens acht Betriebsangehörige — sollen je zur Hälfte vom Betriebsrat und vom Unternehmer bestimmt werden.

Die zahlreichen Betriebe mit „staatlicher Beteiligung“, die es in der Industrie, im Handel und Handwerk der Zone gibt, sollen nach der Wiedervereinigung mit dem Ziele der Wiederherstellung des Privateigentums umgestaltet werden. Jedoch soll auch dies nicht plötzlich geschehen. Die Art der Umgestaltung, zum Beispiel durch eine Ablösung der „staatlichen Beteiligung“, soll sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles richten und der Vereinbarung der Beteiligten überlassen bleiben, wenn nötig, unter Einschaltung der richterlichen Vertragshilfe.

Die „Volkseigenen Betriebe“, in denen fast neun Zehntel der Industrieproduktion der Zone hergestellt werden, sollen bei der Wiedervereinigung zunächst rechtlich und wirtschaftlich selbständige Unternehmen werden. Die geschäftsführenden Personen werden verpflichtet, die Betriebe so zu leiten, wie es das Wohl des Betriebes, seiner Belegschaft und der Allgemeinheit erfordert. Schon vor der Klärung der Eigentumsverhältnisse soll es aber möglich sein, „Betriebsnutzungsverträge“ zwischen dem Betrieb und einem Unternehmer oder einer Gesellschaft zu schließen, um der unternehmerischen Initiative wieder Raum zu geben. Bei der Auswahl der Vertragspartner sollen in der Regel an erster Stelle natürliche und juristische Personen berücksichtigt werden, die vor der Überführung des Vertragsobjekts in „Volkseigentum“ ganz oder überwiegend Eigentümer des Unternehmens waren.

Fleisch der Bevölkerung vorenthalten

Wie es in dem Bericht des Forschungsbeirats zur Lebensmittelsituation in der Zone abschließend heißt, verschwinden große Teile des Fleischaufkommens in geheime Kanäle und werden somit der Bevölkerung vorenthalten. Diese Kanäle sind vor allem die Küchen der sowjetischen Besatzungsmacht, „Staatsreserven“ und die Exporte zum Zwecke der Devisengewinnung.

Als die Amerikaner gingen

Sachsen vor sechzehn Jahren — Aus einem Tagebuch von Christian Wulffen

Was vor 16 Jahren für viele von uns bittere Realität war — heute ist es Historie. Aber, eben weil viele von uns es miterlebt haben, können wir den Ereignissen von 1945 nicht so nüchtern gegenüberstehen wie anderen historisch überlieferten. Hinzu kommt, daß in den Tagen, da unser Mitarbeiter Wolfgang Paul seine hier wiedergegebenen Notizen aufschrieb, der Grundstein zu dem gelegt wurde, was heute die Unfreiheit unserer Landsleute in der Zone ausmacht. So sind Pauls Tagebuchaufzeichnungen nicht nur ein Blick zurück, sie sind auch eine Mahnung an die Menschen im Jahre 1961, da der Osten einer entmilitarisierten „Freien Stadt Westberlin“ ein demokratisches System verspricht.

Bad Elster, 30. Juni 1945

Es ist soweit: die Amerikaner werden Sachsen verlassen und sich über die Grenze nach Bayern zurückziehen. Morgen, übermorgen werden die Russen die Lazarettstadt besetzen.

Ende April erreichten die Amerikaner das sächsische Staatsbad Elster. Lazarettstadt, einige tausend Verwundete und Kranke. In den Straßen, auf den Plätzen entwickelte sich ein friedliches Leben. Die gehfähigen Verwundeten sah man mit den amerikanischen GIs in den Anlagen, beim Kurkonzert der Sächsischen Staatskapelle. Bei Chemnitz, an der Mulde, lagen sich amerikanische und sowjetische Divisionen gegenüber. Aber Chemnitz war weit. Die Amerikaner begannen, nach Adorf alle genesenden Soldaten zu schicken, wo sie, nach Überprüfung durch CIC, entlassen wurden.

Nun ließen die Amerikaner anfragen, wie viele der Lazarettinsassen mit ihnen über die bayerische Grenze gehen wollten. Dann wurden die Magazine der Wehrmacht weitgehend abtransportiert. Die Dolmetscher wurden entlassen. Eine Panik brach aus. Wer noch über ein Krafffahrzeug verfügte, verschwand über Nacht. Andere ließen sich von amerikanischen Lastkraftwagen mitnehmen. Die amerikanischen Fronttruppen waren großzügig. Nur wenige Ärzte blieben. Die von den Amerikanern eingesetzten Mitglieder des Stadtrates packten die Koffer oder resignierten.

Heute mittag sammelten sich die Amerikaner auf der Staatsstraße und fuhren dann, den Verwundeten zuwinkend, die aus den Fenstern der Krankenhäuser und Lazarette zusahen,

nach Westen. Ein Restkommando blieb im Rathaus.

Abends war es so still wie noch nie in Bad Elster. Noch in der Nacht verließen einige Einwohner von Bad Elster ihre Stadt wie Flüchtlinge.

1. Juli 1945

Bleierne Schwüle schon morgens. Gerüchte. Die Amerikaner kämen wieder zurück, da die Russen die Verträge in Berlin nicht einhielten. Der Stadtrat arbeitet nicht mehr. Führende Leipziger Verlage sollen nach Wiesbaden evakuiert worden sein. Die Lazarettleitung stellt die Fahrten nach Adorf und Ölsnitz zum Verpflegungsempfang in den Wehrmachtlagern ein. Niemand kann sagen, wie die einigen tausend Verwundeten nun verpflegt werden sollen.

Mittags verläßt auch das Restkommando der Amerikaner die Stadt. Ein Wehrmachtwagen mit russischen Offizieren war im Rathaus erschienen, aber rasch wieder weggefahren.

Nachmittags Bad Elster ohne Besatzung. Dennoch läßt sich niemand auf den Straßen blicken. Einwohner vergraben in den Gärten Silber, Wertgegenstände, Uhren. Im Lazarett sucht sich jeder ein Versteck, wohin er sein bißchen Eigentum retten möchte.

Abends: An den Bäumen hängen handgeschriebene Zettel. In schlechtem Deutsch werden die Einwohner aufgefordert, die anrückenden Befreier mit roten Fahnen und Girlanden zu empfangen. Wir glauben erst, jemand habe sich einen Witz in dieser Situation erlaubt. Aber die Unterschrift ist echt: „Antifaschistisches Komitee von Bad Elster“.

In der Nacht, die nun folgt, werden überall in den Häusern

die Hakenkreuzfahnen bearbeitet. Man schneidet das Hakenkreuz heraus. Rote Fahne mit Loch — morgen soll den Befreiern gezeigt werden, was für eine antifaschistische Stadt Bad Elster ist.

2. Juli 1945

Herrliches Sommerwetter. Die Stadt leer, wie ausgestorben. Aber überall rote Fahnen mit Loch. Keiner wagt, nicht zu flaggen. Mittags kommt eine Kolonne müder russischer Infanteristen anmarschiert. Etwa dreißig Mann mit einigen Panjewagen. Zum Einmarsch singen sie ein melancholisches Lied. Niemand zeigt sich auf den Straßen. „Die rote Fahne der Kapitulation“, sagt jemand.

Nachmittags erfahren wir, im Rathaus habe sich ein antifaschistisches Komitee gebildet. Ein Kutscher, der bisher Jauche fuhr, wird von den dreißig Russen zum kommissarischen Bürgermeister ernannt. (Er später Kurdirektor des Staatsbades geworden.)

Abends Bekanntmachungen an den Bäumen und Anschlagbrettern. Unter anderem wird mitgeteilt, daß „anlässlich der Befreiung durch die siegreiche Rote Armee pro Kopf der Bevölkerung und der Verwundeten ein halbes Pfund Vierfruchtmarmelade“ verteilt würde. Der Lazarettzahlmeister grinst: „Das ist die rote Marmelade, die in Ölsnitz im Wehrmachtmagazin lagert. Die Amerikaner ließen sie nicht verteilen, weil sie selbst für Verwundete zu schlecht wäre.“

Nachts Schüsse.

3. Juli 1945

Sowjetische Ärztekommision erscheint und besichtigt die Lazarette. Mitteilung: Jeder, der sofort entlassen werden möchte, solle morgen früh auf dem Badeplatz mit Gepäck erscheinen. Nach kurzer Untersuchung solle die Entlassung in die Heimat erfolgen.

4. Juli 1945

Morgens, nach flüchtiger Untersuchung, marschieren dreihundert Verwundete ab. Erschütterndes Bild: Amputierte, an Krücken, Männer in Gips-

verbänden. Sie singen fröhlich „In der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen“.

Einige Lazarette werden geräumt. Bad Elster soll russische Lazarettstadt werden.

Erste Verhaftungen unter den Mitgliedern der von den Amerikanern eingesetzten Stadtverwaltung. Sie hätten sich von den Amerikanern materiell und „ideologisch“ korrumpieren lassen. Die alten Nazis von Bad Elster grinsen. Sie sind längst von den Amerikanern ausgeschaltet und können nun zu sehen, wie ihre demokratischen Nachfolger verschleppt werden.

5. Juli 1945

Seit heute versuchen die Elsteraner ihre „proletarischen Großeltern“ zu entdecken, damit das Antifa-Komitee besänftigt werde. Es erinnert an die Nazizeit, da man seine „arischen Vorfahren“ bitter benötigte. Mit den roten Fahnen plus Loch soll eine rote Welle über den Ort gehen. „Gleicht euch an“, ist die Parole.

6. Juli 1945

Heute drangen russische Soldaten in einen Fleischerladen ein und kauften für Reichsmark

die Rationen für einige hundert Familien. Auch die Rote Armee hungert.

15. Juli 1945

Aus Dresden trifft ein ziviler Lastwagen ein. Bringt die Nachricht mit, daß die entlassenen Soldaten vor zwei Wochen im Fußmarsch Dresden erreichen mußten. Die Offiziere wurden nach Rußland transportiert. Die Mannschaften kamen ins Gefangenlager auf der Dresdner Radrennbahn.

1. August 1945

Die deutsche Landesverwaltung Sachsen schickt Funktionäre, die das Staatsbad übernehmen. Ab sofort müssen alle Verwundeten entlassen werden. Das Bad soll den russischen Soldaten und den führenden Genossen allein nur noch zur Verfügung stehen.

Schwerer Schlag gegen KP

Vier führende Mitglieder der SED und DFU verhaftet

Hamburg (dpa). Die Bundesanwaltschaft hat in den letzten beiden Tagen der kommunistischen Untergrundbewegung in der Bundesrepublik zwei schwere Schläge zugefügt. Sie ließ in Nordrhein-Westfalen zwei hohe Funktionäre der verbotenen KP verhaften, die nach Angaben der SPD auch maßgeblich an der Gründung des „Bundes der Deutschen“ und der „Deutschen Friedensunion“ beteiligt gewesen sein sollen.

In Rheinhausen bei Duisburg wurde der 44jährige Oskar Neumann festgenommen, der schon

1954 vom Bundesgerichtshof wegen seiner Tätigkeit in einer kommunistischen Tarnorganisation zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, jedoch vor Strafantritt in die Sowjetzone entkommen konnte. Seit einiger Zeit hielt er sich wieder unter falschem Namen in der Bundesrepublik auf.

In Köln wurde der ehemalige erste Sekretär der KP-Landesleitung Bremen, Hermann Gautier, verhaftet, der Neumann bei seiner Untergrundarbeit unterstützt haben soll. Informationen, daß Gautier zur Bundeswahlkampfleitung der DFU gehörte und in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagsreserveverliste dieser Partei aufgestellt worden sei, wurden bisher von der DFU nicht bestätigt, da die verantwortlichen Sprecher der Partei nicht zu erreichen waren.

Schikanen gegen den Kirchentag

Vopo entfernt Kirchenplakate — Reisevorbereitungen planmäßig

Berlin (ap/dpa/upi). Zahlreiche Plakate, die für den Mitte Juli in Berlin stattfindenden Zehnten Deutschen Evangelischen Kirchentag werben, hat die Volkspolizei in den letzten Tagen in mehreren Gemeinden der Ostberliner Kirchenkreise Pankow und Oberspree entfernt. Wie der Vorbereitende Ausschuss des Kirchentages am Dienstag in Berlin mitteilte, waren die Plakate seit mehreren Wochen an kirchlichen Gebäuden ausgehängt. In allen Fällen, so gab der Ausschuss bekannt, hätten die Pfarrer gegen die Entfernung Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß ein offizielles Verbot des Kirchentages nicht vorliege. „In allen Gemeinden wird weiterhin zu dieser gesamtkirchlichen Veranstaltung eingeladen“, heißt es in der Pressemitteilung.

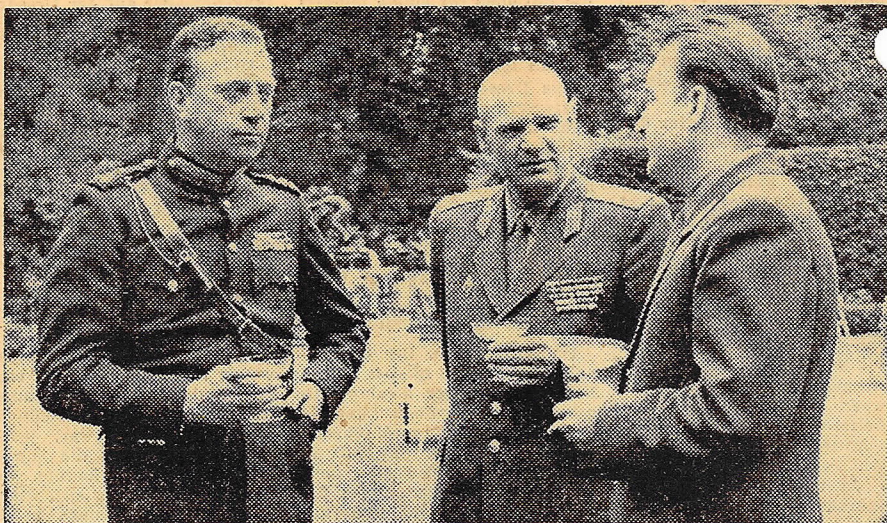
Wie am Dienstag außerdem von kirchlicher Seite mitgeteilt

wurde, wird der Besucherstrom aus der Bundesrepublik nach Berlin durch die Erklärung der Sowjetzonen-Reichsbahn, keine Sonderzüge einzusetzen, nicht beeinträchtigt. Die 20 000 Kirchentagsteilnehmer würden nunmehr mit 150 Sonderomnibussen im regulären Interzonenreiseverkehr nach Berlin gebracht werden.

Die Behörden der Sowjetzone haben dem Präsidenten des Weltkirchenrates, Dr. Franklin Clark Fry, ein Visum zum Besuch der Sowjetzone verweigert. Fry, der gleichzeitig Präsident des Lutherischen Weltbundes ist, hatte im Anschluß an die Tagung des Exekutivausschusses des Weltbundes in Warschau lutherische Kirchengemeinden in der Sowjetzone besuchen wollen. Als Grund für die Verweigerung des Visums gaben die Sowjetzonen-Behörden an, daß es zu spät beantragt worden sei.

Berlin gibt Entwicklungshilfe

Berlin (Eigenbericht). Vor dem Berliner Abgeordnetenhaus hat sich Bürgermeister Amrehn am Donnerstag für eine weitgehende Förderung der Entwicklungshilfe in Berlin ausgesprochen. Auf Anfrage der SPD teilte der Bürgermeister unter anderem mit, der Gedanke der Entwicklungshilfe werde auf der Industrieausstellung 1961 stark berücksichtigt. Im November 1961 wird sich Berlin an der Industrieausstellung in Chartum beteiligen und dem Sudan Hilfeleistungen anbieten. Der Bürgermeister kündigte eine detaillierte Vorlage des Senats zur Entwicklungshilfe an.



BILDER DER WOCHE: Oben: Mit kritischem Blick mustert der englische Brigadier G. J. Hamilton den sowjetischen Dolmetscher (rechts), als er sich die Ansichten des sowjetischen Stadtkommandanten Oberst I. Folowjew (Mitte) über die politische Situation in Deutschland übersetzen läßt. Ein Schnappschuß vom Empfang des amerikanischen Stadtkommandanten, General Watson, den er aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages in seinem Berliner Wohnsitz für hohe Offiziere der in Berlin stationierten Truppen gab.

Unten links: Herzlicher Empfang des Bundespräsidenten Lübke in der Schweiz: Das deutsche Staatsoberhaupt schreitet nach seiner Ankunft in Bern mit Innenminister Tschudi die Front der Ehrenkompanie ab.



Unten rechts: Zum Abschluß der XI. Internationalen Filmfestspiele Berlin gab Bundespresseschef Felix von Eckardt einen Empfang, der Preisträger und Festspieltteilnehmer aus aller Welt im Hotel Gehruh vereinigte. Unser Bild zeigt den Bundespresseschef im Gespräch mit Bernhard Wicki (links), der, wie berichtet, für seine Regie in dem Film „Das Wunder des Malachias“ mit einem silbernen Bären ausgezeichnet worden ist. (Foto: Köster)

